

Trumps Woche

Als der Präsident am Samstag aufwachte, gab es Obamacare immer noch. Die Abstimmung war am Vortag abgesagt worden, zu viele Republikaner waren gegen ihre eigene Reform. Sie hatten sich nicht mal von Trump damit erpressen lassen, bei den nächsten Wahlen ihren Sitz zu verlieren. Und wo war überhaupt Jared? Der war lieber mit Ivanka Ski fahren gegangen, anstatt seinem Schwiegervater beizustehen. Aber ein Donald Trump scheitert nicht. Nie. Also twitterte er, bald werde es einen „großartigen Plan für das Gesundheitswesen FÜR DAS VOLK“ geben. „Obamacare wird explodieren“. Die Demokraten würden dann um Reformen betteln.

Gut, dass es da noch Devin Nunes gab, den Vorsitzenden des Geheimdienstausschusses des Repräsentantenhauses. Nunes behauptete, er habe Belege für Trumps Behauptung, er sei unter Obama abgehört worden. Damit stiftete er so viel Chaos, dass die Aufklärung dieser lästigen Russlandsache in diesem Ausschuss erst mal auf Eis liegt – am Donnerstag begann der Senat eine eigene Untersuchung. Am Dienstag tat Trump, was er so gern tut: Er schaffte per Dekret eine Obama-Initiative ab. Diesmal traf es den Klimaschutz. Amerika setzt jetzt wieder voll auf Kohle. Am Mittwoch veröffentlichte Gallup die neueste Umfrage. Nur 35 Prozent der Amerikaner sind mit Trump zufrieden. Das sind zwei Prozentpunkte weniger, als Obama hatte – auf seinem Tiefpunkt. Am selben Tag machte Trump Ivanka zu seiner Assistentin, ganz offiziell. Ist doch am schönsten, wenn man seine Familie immer um sich hat.

EDEL RODRIGUEZ FÜR DEN SPIEGEL

Kongo

Blutige Proteste

Während sein Land in Gewalt versinkt, äußert sich der kongolesische Außenminister überraschend optimistisch. Eine Einigung mit der Opposition sei in greifbarer Nähe, behauptet Léonard She Okitundu: „Ende des Jahres können Wahlen stattfinden.“ Die Ereignisse in der Demokratischen Republik Kongo deuten jedoch eher auf das Gegenteil hin. Präsident Joseph Kabila ist weiter im Amt, obwohl seine Regierungszeit im Dezember abgelaufen ist. In der Hauptstadt Kinshasa kommt es daher immer wieder zu blutigen Protesten. Auch der Vorsitzende der Bischofskonferenz sieht keinen ernsthaften Willen, Wahlen abzuhalten; die katholische Kirche brach ihre Vermittlung daher ab. Der Außenminister dagegen rechtfertigt die Verzögerung damit, dass die Registrierung der Wähler nicht abgeschlossen und die Staatskasse leer sei. Dazu steht die Verlängerung der Uno-Mission durch den Sicherheitsrat an. Nach der Ermordung mehrerer Uno-Mitarbeiter in der Rebellenhochburg Kasai ist die Lage angespannt. Die Blauhelme sind teuer und den Kongolesen verhasst. Staatschef Kabila könnte nun die Unsicherheit im Land zum Vorwand nehmen, um die Wahl weiter hinauszuschieben. suk

Venezuela

Coup gegen das Parlament

Der Oberste Gerichtshof in Caracas hat den Abgeordneten der von der Opposition beherrschten Nationalversammlung die Immunität abgesprochen und sie wegen „Amtsmissbrauchs“ entmachtet. Präsident Nicolás Maduro treibt den südamerikanischen Krisenstaat damit ein Stück weiter Richtung Diktatur: Seine Anhänger kontrollieren das Gericht. Maduro reagiert mit seinem Quasi-Coup auf den Vorstoß der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), die in dieser Woche die Lage in Venezuela diskutiert hat. Ihr Generalsekretär, Luis Almagro, hat das Regime ungewohnt deutlich kritisiert und rasche Neuwahlen gefordert. Die OAS setzt weiterhin darauf, dass der von Papst Franziskus angeschobene Dialog zwischen Opposition und Regierung wieder in Gang kommt. Das ist nun unwahrscheinlicher denn je. Die Entmachtung der Abgeordneten zeigt, dass Maduro an einem Dialog nie Interesse hatte. Trotzdem war es nützlich für ihn, Gesprächsbereitschaft zu demonstrieren: Die Opposition hat sich über diese Frage gespalten. Viele Venezolaner haben die Hoffnung auf Wandel aufgegeben, sie sind mit dem Überlebenskampf beschäftigt. Lebensmittel sind knapp und teuer. jgl



CARLOS GARCIA RAWLINS / REUTERS

Lebensmittelzuteilung in Caracas



Fußnote

92 Prozent

weniger Krankenschwestern und -pfleger aus der EU haben seit dem Brexit-Referendum im Juni 2016 beim britischen Gesundheitsdienst NHS zu arbeiten begonnen. Mindestens 55 000 EU-Ausländer sind dort insgesamt beschäftigt, sie stellen fünf Prozent des Pflegepersonals und zehn Prozent der Ärzte. Die Regierung in London hat es versäumt, EU-Arbeitnehmern eine sichere Perspektive zu garantieren.